

# Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. G. Klee.

VIII. Jahrgang.

Berlin, Donnerstag, den 6. Juni 1889.

N<sup>o</sup> 44.

## † Die Unterstützung des Strikes durch den Ultramontanismus.

Die ultramontane Presse hüllt sich in den Mantel der Unschuld und bestreitet, bei dem Strike der Kohlenarbeiter in Westfalen das ihrige zur Verschärfung der Gegensätze beigetragen zu haben. Und doch führt fast jede Nummer der ultramontanen westfälischen Localpresse den Beweis des Gegentheils. Insbesondere wird jetzt wieder das Mißtrauen der Arbeiter gegen die Arbeitgeber zu wecken gesucht und unter Verdächtigung der Absichten und des Charakters der letzteren der Meinung Vorschub geleistet, daß der „Waffenstillstand“ nicht den Frieden bringen werde und das „definitive Ende des Ausstandes noch lange nicht“ gekommen sei. Daneben werden unwahre Mittheilungen über angeblichen Vertragsbruch der Zechenverwaltungen und der Zechenbeamten, über unbedeutende Maßregelungen der Delegirten und Beschimpfungen der sich zur Arbeit wieder findenden Bergleute, sowie über wahrheitswidrige Angaben der Zechenverwaltungen den Behörden gegenüber hinsichtlich der Lohnverhältnisse verbreitet. Wie hierdurch die Ausstandsbewegung ganz wesentlich geschürt worden, so wird auch jetzt wieder die wiedergekehrte Friedensstimmung zu stören gesucht.

Aber noch andere Thatsachen deuten darauf hin, daß der Ultramontanismus bei dem Strike die Fäden in der Hand hatte. Das Bochumer Strikecomité und insbesondere der Vorsitzende desselben Weber hat fortwährend mit dem Redacteur der ultramontanen Westfälischen Volkszeitung, Fusangel, in engster Verbindung gestanden. Es ist festgestellt, daß Fusangel verschiedene Aufrufe des Comité's verfaßt hat, und verschiedene Umstände sprechen dafür, daß Weber und das Comité überhaupt alle wichtigen Schritte nur nach vorheriger Berathung mit Fusangel gethan haben. Durch letzteren sind dem Comité Gelder im Betrage von ungefähr 4000 Mark zugegangen, welche zu einem erheblichen Theile von anderen ultramontanen Zeitungen, z. B. der Berliner „Germania“, die sich zur Entgegennahme von Strikebeiträgen in einer Annonce „gern“ bereit erklärt hatte, von dem „Westfälischen Merkur“ in Münster, der „Deutschen Reichszeitung“ in Bonn, dem „Echo der Gegenwart“ in Nachen und der Bonifaciusdruckerei zu Paderborn zu dem gedachten Zweck übersandt waren. Es ist in der That interessant, zu sehen, wie die Hauptorgane des Ultramontanismus die Ausstandsbewegung der Arbeiter nicht nur günstig, sondern auch durch Ansammlung der nöthigen materiellen Mittel zu unterstützen sich bemühen. In hohem Grade verdächtig ist auch die Erklärung des inzwischen verhafteten Delegirten des Strikecomité's in Gelsenkirchen Namens Aloys Franke bei seiner Vernehmung über die dem Comité zur Verfügung gestellten Mittel, daß demselben irgend welche Druckkosten nicht erwachsen seien, weil die Münstermann'sche Vereinsdruckerei in Bochum die sämtlichen Druckerarbeiten des Strikecomité's unentgeltlich besorgt habe! Diese Vereinsdruckerei ist eine ultramontane!

Angeichts dieser Thatsachen muß es als erwiesen angesehen werden, daß der Ultramontanismus unter dem Deckmantel christlicher Nächstenliebe und edler Menschenfreundlichkeit den Strike für seine politischen Zwecke auszubeuten gesucht hat und dieselbe Nichtsahnur auch gegenwärtig verfolgt, um den unter der Asche glimmenden Funken anzufachen. Und dabei setzt sich die ultramontane Presse noch auf das hohe Pferd und hält den politischen Gegnern, welche gegen dieses offenkundige Verfahren protestiren, Vorlesungen über die Nothwendigkeit einer von den Grundsätzen des Christenthums getragenen Socialpolitik und über den Mangel an christlicher Nächstenliebe und menschlichem Wohlwollen, dieselbe Presse, welche alle diese sittlichen Fragen bei der Berathung des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes ganz in den Hintergrund stellte und nach Kräften dem Zustandekommen des Gesetzes entgegenarbeitete!

Die Ausstandsbewegung hat bewiesen, daß für sie die Arbeiterfrage nur ein Mittel zur Verfolgung ihrer dem inneren Frieden wahrlich nicht dienenden politischen Sonderzwecke ist.

## Auch eine Erinnerung an die französische Revolution.

Unter den Menschen- und Staatsfreunden, welche die Zeitläufte aufmerksam verfolgen, mag es nicht wenige geben, welche glauben, daß über kurz oder lang eine gewaltige, die bestehende Civilisation verschlingende sociale Revolution ausbrechen werde. Ihr Glaube stützt sich besonders auf die Zunahme der anarchistischen Verbrechen in den Culturländern und auf die Wandlung, in welcher bei den socialistischen Parteien der ursprüngliche Reformgedanke zum verbrecherischen Willen gegen diesen Staat ausgeartet ist. Die zunehmende Zahl der Wählerstimmen, welche den Feinden von Gesetz und Ordnung und friedlicher Reform zufallen, schreckt sie, sie sehen eine wilde Gährung in den Massen der Industriearbeiter, und die Erinnerung an die große französische Revolution bestärkt sie in der sicheren Annahme, daß, wie damals der dritte Stand in blutigen Gräueln die Herrschaft an sich riß, nunmehr der vierte Stand, die Arbeiterklasse, mit Gewalt zur Gewalt aufsteigen werde.

Wenn etwas übertrieben und verfehlt ist, so ist es die Erinnerung an die französische Revolution. Das Wort Ven Abbas, es ist Alles schon dagewesen, gilt für eine tiefere Geschichtsauffassung nicht, nichts geschieht in der Geschichte zum zweiten Male so, wie es schon einmal geschehen ist, es giebt Ähnlichkeiten, aber keine Gleichheiten, und selbst äußerlich ähnliche Umstände führen nicht immer zu gleich ähnlichen Ergebnissen. Allerdings hat die neuere Forschung, namentlich der Franzose Taine, außer Zweifel gestellt, daß die Revolution ihre nachhaltige Kraft aus den socialen Sünden von Königthum, Adel und Geistlichkeit zog, und daß besonders die Grundeigentumsfrage den Bauern- und Bürgerstand vorwärts trieb, wengleich die in Literatur und Gesellschaft großgezogene geistige Verwilderung in den Köpfen der Advocaten und sonstigen Revolutionsmacher hinzukommen mußte, um ein Schreckensregiment von solch' abscheulichem Wahnsinnstaumel zu ermöglichen. Der schwache König kam zu spät zur Einsicht; ein Theil des Adels floh im Bewußtsein seiner Sünden ins Ausland, während die mitschuldige Geistlichkeit Stand hielt und sich hinschlachten ließ, weshalb denn auch später die Restauration mit dem Konkordate, dieser „Versöhnung des Himmels mit der Revolution“, begann.

Allein wer sich an den socialen Charakter der französischen Revolution recht erinnern will, der muß sich doch auch fragen, wie es kam, daß andere Staatswesen von gleicher Kulturstufe zu Ende des vorigen Jahrhunderts, als manche Revolutionsidee die Welt eroberte, von gewaltsamem Umsturz verschont blieben. Vor Allem unser Preußen blieb trotz eines gerade damals nicht eben starken und hochweisen Regiments in seinen staatlichen Grundordnungen ganz unberührt. Warum? Weil seine Könige nicht gewartet hatten, bis ein gewaltfamer Ueberstrom das Alte und Verrottete niederreißen würde, sondern bei Zeiten als Baumeister des Neuen nach den Bedürfnissen des Volkes aufgetreten waren. Schon Friedrich Wilhelm I., der große „innere“ König, hatte dafür gesorgt, daß die Bauern nicht „tribeliret“ würden, und sein großer Sohn, welcher sich gegenüber den Worten Louis XIV. l'Etat c'est moi als den ersten Diener des Staates bezeichnete und der nach seinem Testamente sein Leben lang darauf sann, den Staat, „den er zu regieren die Ehre hatte,“ glücklich und blühend zu machen, — Friedrich II. fand mitten in seinen

glänzenden Kriegsthaten noch Zeit genug, die Emancipation der bürgerlichen Stände nach Recht und Billigkeit fortzusetzen.

Ist es heute anders? Deutschland ist auf der Bahn socialer Reformen allen anderen Staaten kühn vorangeschritten und die Träger unserer Kaiser- und Königskronen haben mit Wort und That unter Berufung an das Gewissen der Besitzenden und Gebildeten die sociale Pflicht zu einem ständigen Factor der Gesetzgebung gemacht. Das sind Unterschiede und Aehnlichkeiten, welche nicht zu schwacher Furcht vor der Revolution, sondern im Gegentheil zu der Zuversicht berechtigen, daß die zukünftige Geschichte unseres Vaterlandes nichts von Blut und Trümmern eines wilden Bürgerkriegs zu erzählen haben mag.

### Der „socialistische“ Gedanke.

Mit keinem Worte wird von der freisinnigen Presse ein größerer Mißbrauch getrieben, als mit dem Worte „socialistisch“. Alles was auf Grund der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 in Deutschland an Socialreform geleistet worden ist, wird von ihr in dem Sinne als „socialistisch“ bezeichnet, daß es den socialdemokratischen Idealen Vorschub leihe. So schreibt auch jüngst wieder das Nicker'sche „Reichsblatt“: „Es giebt unter den Lebenden Niemanden, der so sehr dem Versuche einer Durchführung des socialistischen Gedankens vorgearbeitet hat, wie den Fürsten Bismarck. Ohne ihn würden wir in Deutschland, wie es in anderen Ländern der Fall ist, nur einige interessante Schwärmer haben, welche ihr Hirn mit socialistischen Ideen abquälen. Fürst Bismarck hat den Versuch der Verwirklichung um Jahrhunderte näher gerückt“.

Nichtig hieran ist nur das, daß Fürst Bismarck in der That die treibende Kraft war, welche uns aus den Anschauungen des Individualismus befreite und allgemeineres Verständniß für die Nothwendigkeit einer Besserung der gesellschaftlichen (socialen) Verhältnisse durch das Mittel einer Zusammenfassung der gesellschaftlichen Kräfte verbreitete. Was er aber gethan, war mit Nichten ein Vorarbeiten des Socialismus in dem Sinne, wie er vom Freisinn verstanden wird, nämlich des demokratischen Socialismus oder was damit identisch ist, der Socialdemokratie. Denn während diese nicht nur die Gesellschaft, sondern auch den Staat von Grund aus umgestalten will, will Fürst Bismarck nur die durch die Herrschaft des Individualismus entstandenen Mängel der Gesellschaft beseitigen, um den monarchischen Staat zu befestigen und ihm eine sicherere Grundlage zu geben.

Der hierin enthaltene „socialistische“ Gedanke ist nicht nur kein Ableger des socialdemokratischen Ideals, sondern erwachsen auf dem geschichtlichen Boden des monarchischen Staats und ein consequenter Ausfluß desselben. Er knüpft nach Ueberwindung der im Zeitalter der Revolution zur Herrschaft gelangten Theorie des „Hilf dir selbst“ und des „Gehens und Geschehens“ an die eigentlichen Traditionen des Hohenzollernschen Königthums an, das wahrlich von denen schlecht verstanden wird, welche sein eigentliches Wesen allein in der Form der absoluten Gewalt der Krone erblicken, das vielmehr in erster Linie von jeher für die Ausgleichung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegensätze, für den Schutz der minder begünstigten Klassen gegenüber den höheren und für die Wohlfahrt des Landes gesorgt hat und Dank der absoluten Gewalt der Krone hierfür am besten zu sorgen im Stande war. Nicht den Ideen der Revolution, sondern dem landesväterlichen Sinne unseres Königthums hat der Bauernstand seine Befreiung und die Erleichterung seiner Existenzbedingungen zu danken, und wenn heute die Fürsorge sich in erster Linie auf die arbeitenden Klassen erstreckt, so geschieht dies nicht in Connivenz gegen die in diesen Klassen vornehmlich vertretenen socialdemokratischen Ideen, sondern allein deshalb, weil sie gegenwärtig, Dank der großen technischen Entwicklung der Industrie und der liberalen Wirtschaftspolitik des Revolutionszeitalters, die eigentlich leidenden Klassen sind. Ein absolutes Königthum würde — und das kann man sagen, wenn man sich seine Thaten von früher vergegenwärtigt — nicht um ein Haar anders verfahren, aber es würde in diesem Punkte vielleicht leichter vorwärts zu kommen im Stande sein: heute muß es zunächst das Verständniß des Parlaments für diese seine königliche Aufgabe zu wecken und zu fördern suchen, und Dank dem Fürsten

Bismarck ist dies bereits in erfreulichster Weise und mit großem Erfolg gelungen.

Und diese segensvolle, den Hohenzollernschen Traditionen entsprechende Wirksamkeit wagt das „Reichsblatt“ dadurch zu discreditiren, daß es die Geschichte von — China als Beweis für das vereinigte Mißlingen hinstellt! Das „Reichsblatt“ scheint selbst von chinesischen Anschauungen durchdrungen zu sein, wenn es die Getreidezölle und die Branntweinsteuer als ein Mittel betrachtet, welches den „Junkern“ „den Mund stopft“ und wenn es die von so großen echt christlichen Ideen geleitete Socialreform als eine „vermeintlich schlaue Berechnung“ ausgiebt, um die Arbeiter „in neue Fesseln“ zu schlagen. Der christliche Staat ist zu solchen Ungerechtigkeiten nicht im Stande, und wer ihn dessen anklagt, bestätigt damit nur die alte Regel: es sucht Niemand Einen hinter dem Busch, hinter welchem er nicht selbst gefessen! Nur die Verzweiflung darüber, daß der wirtschaftliche Liberalismus seine Felle immer weiter fortschwimmen sieht, kann solche Verkehrtheiten der Gesinnung und des Urtheils erklären; sie wird aber trotz alledem nicht vermögen, aus weiß schwarz und aus der echt monarchischen socialen Fürsorge einen socialistischen, d. h. im Sinne des Freisinns socialdemokratischen Gedanken zu machen.

### Die Neugestaltung des Landpostwesens.

#### III.

#### Der fahrende Landbriefträger.

Dem Postetat für 1881/82 wurde eine „Denkschrift, betreffend die Erweiterung und Verbesserung des Landpostdienstes,“ beigelegt, welche als Ziel für die zwischen Landorten bestehenden Verbindungen aufstellte, die Landbriefträgeranstalt dergestalt zu erweitern, daß mit ihrer Hilfe die fehlenden Verbindungen zwischen nahegelegenen Orten hergestellt werden könnten. Entweder sollten die Bestellgänge bis zu den benachbarten Postorten ausgedehnt oder so eingerichtet werden, daß die Landbriefträger an einem bestimmten Unterwegsort behufs Austausches der Postsendungen sich trafen. Zu diesem Behufe könne auch die Stationirung des Personals auf bestimmten Landorten in Erwägung zu ziehen sein. Eine beträchtliche Vermehrung des Personals half diese Verbesserungen alsbald in das Leben rufen. Sehr förderlich erwies sich ferner, daß bei jeder Postanstalt eine den Landbestelldienst derselben veranschaulichende graphische Karte hergestellt und alljährlich der Oberpostdirection zur Prüfung vorgelegt werden mußte. Hierdurch wurde die Verbesserung der vorhandenen Verbindungen in umfassendster Weise angebahnt.

Gleichzeitig ward aber auch noch mit einer neuen Einrichtung, der der fahrenden Landbriefträger, vorgegangen. Bereits im Juni 1880 waren auf Anordnung des Generalpostmeisters Versuche dieser Art stellenweise unternommen worden. Nachdem die Versuche sich bewährt hatten, wurde die Einrichtung der fahrenden Landbriefträger in den Gesamtplan der Neuordnung des Landpostwesens aufgenommen und vom Staatsjahre 1881/82 an in steigendem Umfange damit vorgegangen. Am Schlusse des Staatsjahres 1887/88 waren in den 40 Oberpostdirectionsbezirken des Reiches bereits 1845 fahrende Landbriefträger vorhanden, vorwiegend in denjenigen Gegenden, in denen bei ebener Bodenbeschaffenheit die Landorte geschlossen in nicht zu nahem Abstände von einander belegen sind.

Die Gestellung und Unterhaltung des Wagens erfolgt durch die Postverwaltung, der Landbriefträger hat das Pferd zu beschaffen und zu unterhalten gegen feste Vergütung und ausreichende Kontrolle. Zur ersten Einrichtung können ihm Vorschüsse aus der Postkasse gewährt werden. Für die Wagen sind Farbe und Abzeichen der Reichspostwagen beibehalten, statt der anfänglich gewählten zweirädrigen, welche der Gewohnheit von Pferd und Fuhrmann nicht entsprachen, sind vierrädrige Fuhrwerke von einfacher dauerhafter Bauart zugelassen. Sie sind durchweg mit einem leichten beweglichen Halbverdeck zum Schutz des Wagenführers und seiner etwaigen Fahrgäste, deren Mitnahme ihm gestattet ist, sowie mit verschließbaren Räumen zur Unterbringung der Postfachen versehen. Die Kosten für den vierrädrigen Wagen stellten sich auf 600 M., die jährlichen Unterhaltungskosten auf 100 M. Be-

schaffung, Unterbringung und Erhaltung der Pferde sind unter scharfer Kontrolle der Postamtsvorsteher gestellt. Durch Abschluß von Versicherungsverträgen, deren Eingehen seitens der Verwaltung unter erleichterten Bedingungen vermittelt wird, ist in Verlustfällen die Beschaffung geeigneten Ersatzes ohne allzugroße Belastung des Briefträgers sichergestellt. Die ihm jährlich zu gewährende Vergütung beläuft sich durchschnittlich auf 700 M., daneben verbleibt ihm das Personengeld für die von ihm beförderten Personen, sowie das Bestellgeld für die über 2 1/2 Kilo schweren Pakete.

Der Dienst ist so eingerichtet, daß der fahrende Landbriefträger die Obliegenheiten des befördernden und des bestellenden Boten verbindet; neben der Beförderung von Sendungen von und nach den von ihnen zu erreichenden Postorten liegt ihm die Bestellung und Einsammlung der Korrespondenz an den Unterwegsorten sowie die Leerung der Briefkästen ob. Die fahrenden Landbriefträger haben die von der Verwaltung wie vom Publikum an diese Einrichtung geknüpften Erwartungen voll befriedigt. Beim Publikum auf dem Lande sind sie schnell volkstümlich geworden und haben ein Ansehen erlangt, welches hinter dem der schmerzlich vernichteten Personenposten nicht zurücksteht. Das ihnen zugewandte Interesse giebt sich u. A. durch die vielfach wiederholten Bitten kund, die Verwaltung möge den „Fahrenden“ mit dem althistorischen Posthorn ausrüsten, es wird dabei übersehen, daß der Besitz des Hornes noch nicht die Fertigkeit des Blases bedingt. So lange es nicht gelingt, ein Horn herzustellen, dessen Gebrauch einen möglichst geringen Aufwand musikalischer Anlage und Uebung erfordert, wird es wohl bei der jetzt eingeführten Signalpfeife verbleiben müssen.

Noch häufiger sind die Besuche beim Reichspostamt, die Landbriefträger mit Fahrrädern auszustatten. Die Zweifel, ob die letzteren sich zur dauernden Verwendung im Postdienste eignen, sind jedoch noch nicht behoben, zumal ihre Benutzung vorzugsweise an jugendliche rüstige Kräfte, gute Straßen und geeignete Witterung gebunden erscheint. In einzelnen Fällen ist den Landbriefträgern, die sich aus eigener Anregung Fahrräder anschaffen, deren Benutzung nicht verwehrt.

## Neuigkeiten aus der Verwaltung.

### Ueber den Raupenfraß im Regierungsbezirk Potsdam

wird berichtet: Bei den im vergangenen Herbst ausgeführten Probejammungen war die große Kiefernraupe wiederum in einer Menge gefunden worden, daß in diesem Frühjahr mit noch umfangreicheren Vertilgungsmaßregeln gegen dieselbe vorgegangen werden mußte, als je zuvor. Insbesondere haben sich noch immer diejenigen Reviere von dem Insekt stark befallen gezeigt, welche bereits früher unter der Calamität zu leiden hatten. Wenn daher bei den Sammlungen auch die ungewöhnlich geringe Größe der meisten Raupen, von denen ein großer Theil jedoch nur die erste Häutung überstanden haben konnte, auffallend war und der Hoffnung Vorschub leisten kann, daß die Gefahr ihren Höhepunkt nunmehr überschritten haben wird, so wurde doch — und auch schon in Rücksicht auf den einzelnen dieser Reviere außerdem in noch stärkerem Maße drohenden Sommerfraß — es für nöthig erachtet, gegen das Insekt, wo es sich in irgend wie erheblicher Zahl zeigt, ganz energisch einzuschreiten und insbesondere als Maßstab für die Vornahme von Vertilgungsmaßregeln wiederum die früheren Durchschnittszahlen von 20—30 pro Stamm beim Probejammeln gefundener Raupen beizubehalten. Vertilgungsmaßregeln mußten hiernach angeordnet werden in den Oberförstereien Gummersdorf, Cunersdorf, Behnin, Dippmannsdorf, Potsdam, Freienwalde, Göpenick, Rüdersdorf, Zehdenick, Himmelfort, Alt-Ruppin, Falkenhagen, Zegel, Dranienburg und Schönwalde. Der Hauptfraß erstreckt sich über eine Fläche von im Ganzen ca. 6700 ha — gegen 5422,847 ha des Vorjahres —; die entstehenden Kosten werden voraussichtlich 130 000 M. betragen.

### Mangel an Strenmaterial.

Im vergangenen Jahre war die Futter- und Strohernte in mehreren Kreisen des Regierungsbezirks Potsdam so schlecht ausgefallen, daß namentlich in den den Oberförstereien der Forstinspektion Potsdam-Mehnsberg und Potsdam-Beelitz benachbarten Gemeinden der Mangel an Strenmaterial sich recht fühlbar machte. Die den Revierverwaltern zum Verkauf an bedürftige, ackerbautreibende Einwohner bis zu 25 000 cbm. pro Jahr als Zuschuß zu den sonstigen Strenmitteln zur Verfügung gestellte Waldstreu reichte daher in diesem Jahre nicht aus, um nur den dringendsten Bedürfnissen abzuwehren. In Folge dessen ist von dem Minister für Landwirtschaft zu obigem Quantum ein weiterer Zuschuß von 11 000 cbm. Strenmaterial gewährt worden, so daß den betreffenden

Revierverwaltern von dem nunmehr im Ganzen vorhandenen Dispositionsquantum von 36 000 cbm. 27 425 cbm. zur Vertheilung an bedürftige Gemeinden überwiesen werden konnten; ca. 8600 cbm. sind einstweilen für eventl. Mehrforderungen reservirt worden. Die aus diesem Anlaß gleichzeitig in Anregung gebrachte Frage, ob an Stelle der Waldstreu die Landbevölkerung nicht für den Bezug von Torfstreu interessiert werden könnte, mußte theils wegen des hohen Preises dieses Products, theils wegen des Mangels an Rohmaterial für eine eventuell beabsichtigte Torfstreufabrikation verneint werden.

## Politische Tagesfragen.

### Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgezet

ist am Donnerstag vom Bundesrath nach den Beschlüssen des Reichstags angenommen worden. Wie die „Nationalzeitung“ meldet, haben die bei dem Zustandekommen des Gesetzes beteiligten Reichsbeamten vom Kaiser Auszeichnungen erhalten, und zwar der Staatsminister v. Bütticher die Krone zum hohenzollernschen Hausorden; der Ministerialdirector Bosse das Komthurkreuz und der Geh. Regierungsrath v. Woedtke das Ritterkreuz desselben Ordens. Dem mathematischen Sachverständigen im Reichsamt des Innern ist der Rothe Adlerorden verliehen worden.

### Die diesjährige Ueberschwemmung im Posenschen

während des Frühjahrs ist um so beklagenswerther gewesen, als die meisten der betroffenen Grundbesitzer in den letzten vier Jahren zum dritten Male durch die Ueberschwemmung zu leiden hatten. Die Warthe stieg durchschnittlich bis zur vorjährigen Höhe, an einzelnen Orten höher, an anderen um einige Centimeter niedriger, hielt sich aber länger als im Vorjahre hoch und verlief dann nur sehr langsam. Schwer gelitten haben in Folge Deichbruchs die Niederungen des Kreises Jarotschin und die nicht eingedeichten Niederungen der Kreise Schrimm und Schroda, noch mehr in Folge von Deichbrüchen die Niederungen zwischen Birnbaum und Schwerin. Die Wintersaaten sind vernichtet, die Felder verjandet und ausgerissen, Brücken und Wege zerstört. Auf eine Bestellung der Felder mit Sommergetreide ist kaum noch zu rechnen. Menthälben haben daher die von dem Kaiser aus Anlaß seines Besuchs des Ueberschwemmungsgebiets ergangenen Erlasse zur Beschaffung von Bauplätzen für die Stadt Posen durch Milberung der Festungs-Rauponbeschränkungen und zur Erwägung von Einrichtungen zur dauernden Beseitigung der Ueberschwemmung wohlthuend berührt. Die Ausbesserung der durch das Hochwasser beschädigten Wege und Brücken wird in nächster Zeit bewirkt werden. Die durch die Warthe fortgerissene Brücke bei Zirke wird erst nach längerer Frist wieder hergestellt werden können. Die Stadt Zirke selbst ist allein nicht fähig, die entstehenden Kosten zu tragen. Allgemeines Interesse nehmen die Bauten in Anspruch, welche zur Wiederherstellung der durch das diesjährige Hochwasser beschädigten Deiche bezw. in der Stadt Posen behufs Beseitigung künftiger Gefahren werden ausgeführt werden müssen. In letzterer Hinsicht schweben zur Zeit, veranlaßt durch den Befehl Seiner Majestät an die General-Inspektion der Festungen, Verhandlungen über die Art der Vorbeugungsmittel. In den Landkreisen ist die Frage zur Erörterung gebracht, ob nicht an Stelle der zur Zeit bestehenden Winterdeiche nur Sommerdeiche errichtet werden sollen. Wenn auch — und wohl mit Recht — eine große Bewegung sich zu Gunsten der Sommerdeiche erhoben hat, so wird doch mit der Abneigung der Deichinteressenten gegen die Umwandlung der bestehenden Deiche in Sommerdeiche und mit der derzeitigen Lage der Gesetzgebung, welche einen solchen Zwang gegen die Deichinteressenten nicht kennt, gerechnet werden müssen. Es wird nur übrig bleiben, die vorhandenen Deiche systematisch zu normalisieren, an engen Stellen zurückzulegen und bis zu dem nothwendigen Maße zu erhöhen. Die Kosten dieser Arbeiten werden nur zum geringsten Theile den Deichgenossen auferlegt werden können.

### Die Auswanderung

aus der Provinz Posen ist, wie uns von dort geschrieben wird, auch in diesem Jahre wieder eine recht bedeutende. Die Auswanderer sind meistens ländliche Arbeiter, welche von ihren in Amerika lebenden Verwandten Reisegelder und Schiffskarten erhalten haben; als Grund der Auswanderung geben sie an, daß es ihnen hier an ausreichendem Erwerbe fehle, da die Gutsherrschaften zu den Accordarbeiten russische Arbeiter heranzögen, welche billiger arbeiteten. Thatsächlich sind aber erst die Gutsherrschaften durch die Auswanderung zur Annahme fremder Arbeiter gezwungen worden.

## Personalien.

Aus der allgemeinen Verwaltung und aus der Verwaltung des Innern. Der Regierungs-Assessor Landmann ist der königlichen Regierung zu Marienwerder überwiesen worden.

Der frühere Landrath im Kreise Saarbrücken, Freiherr von Nicht-  
hofen ist zum Ober-Regierungsrath ernannt worden.

#### Aus dem Kultusministerium.

Der Direktor der Provinzial-Irren-Anstalt zu Bonn Sanitätsrath  
Dr. Carl Pelmann ist zum ordentlichen Professor in der medizinischen  
Fakultät der Universität daselbst unter gleichzeitiger Verleihung des  
Charakters als Geheimer Medizinalrath ernannt worden.

## Politische Wochenschau.

### Aus dem Inlande.

Unser

Kaiser

hat die Hälfte der Woche in Westpreußen bei dem Grafen Dohna-  
Schlobitten zur Jagd geweiht. Ueber die beabsichtigte Reise nach Straß-  
burg verlautete noch nichts Bestimmtes. Zunächst ist der Besuch des

#### Schahs von Persien

in Berlin zu gewärtigen; er wird am 9. Juni aus Rußland in Berlin  
eintreffen und mit hohen militärischen Ehren empfangen werden.

Der Bundesrath gab am Mittwoch dem

#### Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz

in der Fassung des Reichstags seine Zustimmung. Die Kaiserliche Unter-  
schrift wird in kürzester Frist erfolgen. Einweilen hat der Kaiser seiner  
Befriedigung über das Gelingen des großen Werkes durch

#### hohe Auszeichnungen

an die Mitgeschöpfer und Hauptvertreter des Entwurfs im Reichstage  
Ausdruck gegeben. Minister v. Böttcher, dessen unermüdete Thätigkeit  
für die Durchführung allgemein ohne Unterschied der Parteien anerkannt  
wird, ist mit der Kette des Hausordens von Hohenzollern ausgezeichnet  
worden; das Komthur- und das Ritterkreuz haben der Ministerial-  
director Woffe und Geh. Rath v. Woedtke erhalten.

#### Fürst Bismarck

ist nach mehrtägigem Anferthalte in Schönhausen wieder nach Berlin  
zurückgekehrt, welches er in Kürze mit Barzin vertauschen wird. Die  
Sommerferien des Bundesraths und der Minister werden bald nach  
Pfingsten beginnen. Man glaubt, daß in diesem Jahre früher als sonst  
die Vorbereitungsarbeiten für die Herbstsession aufgenommen werden.

Die

#### große Strikebewegung

unter den Bergarbeitern in Westfalen, Oberschlesien, Sachsen und dem  
Saargebiet ist nun allenthalben beigelegt. Dagegen wird noch an vielen  
Orten in zahlreichen Gewerken, namentlich bei Maurern, Zimmerern,  
Tischlern zc. gestrikt. Von großen Ausschreitungen ist glücklicherweise  
nichts gemeldet worden. Der große Strike der Bauhandwerker in  
Berlin dauert noch fort, obgleich die Aussichten für die Erfüllung der  
Arbeiterforderungen gering sind. Hier ist auch der Strike nicht aus  
einer wirtschaftlichen Nothlage entsprungen, sondern um eine von den  
socialistischen Führern geforderte neunstündige Arbeitszeit durchzusetzen.  
So frivol läßt sich aber der Arbeitsmarkt nicht commandiren und das  
Ende wird für die Arbeiter ein hoher Verlust an Löhnen sein.

In dem mecklenburgischen Wahlkreise Schwerin hatte für den ver-  
storbenen nationalliberalen Abgeordneten Haupt eine

#### Erfolgswahl

stattzufinden. Ein Konservativer und ein Nationalliberaler kamen in  
die Stichwahl, welche am 1. Juni mit 7673 gegen 6905 Stimmen zu  
Gunsten des letzteren entschieden wurde. Bei der Hauptwahl hatten die  
Socialdemokraten lebhaft agitirt und ihre Stimmzahl bedeutend ver-  
mehrt, bei der Stichwahl übten sie Wahlenthaltung.

### Aus dem Auslande.

In der abgelaufenen Woche hat der Trinkspruch des Kaisers von  
Rußland,

in welchem er den Fürsten von Montenegro als den einzigen zuver-  
lässigen und treuen Freund Rußlands bezeichnet, die Presse vielfach  
beschäftigt, um so mehr als gleichzeitig durch die Verlobung einer  
montenegrinischen Prinzessin mit einem russischen Großfürsten sowie durch  
die Ernennung des Fürsten zum Chef eines russischen Schützenregiments  
den intimen Beziehungen zwischen Rußland und Montenegro noch weiter  
Ausdruck gegeben wurde. Das montenegrinische Fürstenhaus hat durch  
diese Verlobung die Ebenbürtigkeit mit den souveränen Dynastien Europas  
erhalten. Wohl durch die an den Toast des Kaisers Alexander ge-  
knüpften Zeitungserörterungen, welche sich in Wien und namentlich in

Pest besonders lebhaft gestalten und auch an Nachrichten von neuen  
russischen Rüstungen anknüpften, ist eine gewisse Beunruhigung in die  
Börse gekommen, welche namentlich in dem Courzurückgang der russischen  
Papiere ihren Ausdruck findet. Petersburger Telegramme stellen ent-  
schieden in Abrede, daß diese Verstimmung der Börse durch russische  
Rüstungen hervorgerufen sein könne, die russische Regierung sei von den  
friedlichsten Absichten beseelt. Auch das officiöse „Journal de St. Petersburg“  
spricht „sein Erstaunen aus über die an auswärtigen Börsen durch  
Gerüchte über russische Rüstungen hervorgerufene Beunruhigung“ und  
bemerkt, es sei doch bis zur Uebersättigung wiederholt worden, daß die  
russische Politik eine ausschließlich friedliche sei, die Börse müsse das  
besser wissen als irgend jemand, weil angeichts der großen in der Aus-  
führung begriffenen Finanzoperationen von Rußland weder irgend eine  
Thatfache noch irgend eine Nachricht ausgehen könne, die geeignet wäre,  
das Vertrauen und das Gefühl der Beruhigung zu erschüttern. Bei  
diesen alarmirenden Gerüchten könne es sich daher nur um Baisse-  
speculationen handeln. — Da in Rußland die Veröffentlichung eines  
kaiserlichen Toastes nur auf Befehl des Kaisers erfolgen darf, zumal im-  
amtlichen „Regierungsboten“, so war begreiflicher Weise jenem Trinkspruch  
im Auslande vielfach eine Bedeutung beigelegt worden, welche nach-  
träglich in Petersburg Bedenken erregt.

#### Auch in Paris

scheint der kaiserliche Trinkspruch ein Echo geweckt zu haben, wenigstens  
sagte der Minister des Auswärtigen, Spuller, in der Deputirtenkammer  
in einer längeren Rede, in welcher er die Weltausstellung als ein Pfand  
des Friedens und der Stärke Frankreichs bezeichnete: „Welche Zwischen-  
fälle sich auch ereignen mögen, Frankreich muß sich daran ge-  
wöhnen, nur auf sich selbst zu rechnen und nur allein auf  
sich, denn es hat heute triftige Gründe, zu glauben, daß es sich selbst  
genügen kann.“

Aber nicht allein Herr Spuller, sondern mehr noch der Präsident  
der Republik, Carnot, letzterer in einer zu Arras gehaltenen Rede, hat  
die Friedfertigkeit Frankreichs nach Innen und Außen betont, und  
Ministerpräsident Tirard hat auf einem seitens der italienischen Aus-  
steller in Paris veranstalteten Banket sich dahin ausgesprochen: „Italien  
sei der klassische Boden der Kunst; gewiß sei letztere nicht das einzige  
Band, welches Frankreich und Italien mit einander verbinde, aber es  
sei dasjenige, welches am besten das friedliche Bündniß zeige, deren  
universelle Tragweite wir heute kennzeichnen wollten.“ Tirard schloß mit  
einem Toast auf das Gedeihen Italiens.

Ungeachtet dieser eitel friedlichen Versicherungen sind indeß  
einige nicht wegzuleugnende schwarze Punkte am Horizont der französischen  
Republik vorhanden. Der eine derselben ist die Anwesenheit der Eng-  
länder in Egypten, wo eben jetzt ein Theil der Staatsschuld convertirt  
werden soll. Minister Spuller erklärte in der Kammer, daß diese Kon-  
vertirung zwar theoretisch und rechtlich zulässig sei, jedoch der Zustimmung  
der Mächte unterliege und dieser Umstand mache Verhandlungen er-  
forderlich. Die französische Regierung sei der Ansicht, daß ein  
so wichtiges Vorhaben, wie die Konvertirung, zu einer Prüfung  
der Frage betreffs Räumung Egyptens berechtige. Das  
Verhalten der Regierung werde nothwendiger Weise ein verschiedenes  
sein, wenn sie mit einem von englischen Truppen besetzten Egypten,  
oder wenn sie mit einem unabhängigen Egypten verhandeln werde. —  
Eine weitere Verstimmung ist der französischen Regierung dadurch ver-  
ursacht worden, daß in Serbien die Verwaltung der dortigen Bahnen,  
welche sich bisher in den Händen eines französischen Consortiums befand,  
von der serbischen Regierung übernommen worden ist, weil Verstöße gegen  
das Eisenbahngesetz vorgekommen seien. Eine über diesen Gegenstand  
eingebrachte Interpellation in der französischen Kammer führte nur zu  
dem Ergebnis, daß französischerseits in der Sache nichts geschehen könne,  
zumal die serbische Regierung erklärt habe, die Interessen der französischen  
Gesellschaft berücksichtigen zu wollen.

#### Nord-Amerika

ist durch das Unglück, von welchem Pennsylvania heimgesucht worden,  
schwer betroffen. Durch Unterpülung der Mauern eines großen Wasser-  
reservoirs ist die ganze Stadt Johnstown vernichtet worden, nach den  
amtlichen Ermittlungen beträgt die Zahl der bei diesem Anlaß umge-  
kommenen Personen 12—15 000. Die wesentliche Schuld an der  
Katastrophe trägt wohl der Umstand, daß auch die Beamten der Wasser-  
bauverwaltung nicht nach ihrer technischen Befähigung, sondern nach  
ihrem politischen Bekenntniß ernannt werden. Außer der Stadt Johnstown  
sind noch viele Dörfer und Weiler fortgerissen und durch die angerichteten  
Zerstörungen die Flußläufe weithin vergiftet.

**Die nächste Nummer dieser Correspondenz  
erscheint Mittwoch, den 12. Juni.**